

Wahlprogramm

2016 - 2021

erstellt zur Kommunalwahl am 11. September 2016

Vorwort	2
Wo wir leben, muss soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Existenzsicherung sein!	
• Öffentliche Daseinsvorsorge	3 - 4
• Arbeit und Wirtschaft	5 - 7
• Soziales	8 - 10
Wo wir leben, muss Zukunft sein!	
• Kommunale Demokratie	11 - 13
• Kinder, Jugend und Schule	14 - 15
• Gleichberechtigtes Zusammenleben mit behinderten Menschen	16 - 17
• Stadtentwicklung	18 - 20
Wo wir leben, muss es lebenswert sein!	
• Für alle Generationen	21 - 22
• Gleichstellung der Geschlechter	23 - 24
• Gleiche Rechte für MigrantInnen	25
• Natur und Umwelt	26 - 27
• Gesundheit	28 - 29
• Kultur und Vereine	30 - 31
• Sicherheit	32
Wo wir leben, soll nicht verwaltet, sondern gestaltet werden: Probleme anpacken!	
• Verwaltung	33
Wo wir leben, müssen die Finanzen stimmen!	
• Finanzen	34 - 37

Vorwort

Ist vom Kreisvorstand nach Verabschiedung zu verfassen

Wo wir leben, muss soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Existenzsicherung sein!

Öffentliche Daseinsvorsorge

In den Kommunen bündeln sich die gesellschaftlichen Probleme wie in einem Brennglas. Hier bekommen die Folgen von Hartz IV, Gesundheits- und Rentenreform, Migration und demografischen Wandel ein konkretes Gesicht, zeigen an Einzelschicksalen, wohin ungerechte, unausgewogene Politik führt. Kommunale Politik kann die Auswirkungen der „großen“ Politik oftmals nur mildern.

Für die LINKE ist unbestritten, dass die Kommunen die Aufgabe haben, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen bereitzustellen, damit die Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit lebenswichtigen Dienstleistungen und Gütern gewährleistet wird und eine aktive Teilhabe aller an der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung möglich ist. Dies betrifft auch und gerade gesellschaftliche Randgruppen, alte und sozial schwache Menschen.

Eine neoliberale Wirtschaftslobby will eine Reduzierung des öffentlichen Anteils am Bruttosozialprodukt und findet willige Unterstützer in den anderen politischen Parteien.

Alles, auch die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, soll den Marktkräften überlassen werden. Begründet wird diese Forderung häufig mit der Schuldenlast der Kommunen. Sie sollen zum Verkauf öffentlichen Eigentums und zur Privatisierung ihrer Aufgaben gedrängt werden, um sich auf diesem Weg von Ausgaben zu entlasten.

Privatisierungen sind aber eine Sackgasse. Haushaltsdefizite lassen sich nur kurzfristig reduzieren. Das Verhökern des kommunalen Tafelsilbers löst nicht das Problem der strukturellen Defizite öffentlicher Haushalte, das darin begründet ist, dass gering verdienende Menschen eine hohe Steuerlast tragen, während Konzerne, Unternehmer etc. ihre Steuern „gestalten“ können und sich so der Mitfinanzierung gesellschaftlicher Aufgaben in großem Umfang entziehen.

Auch im betriebswirtschaftlichen Sinne sind Privatisierungen falsch, denn sie rechnen sich letztendlich nicht. Private Anbieter bieten ihre Leistungen günstig an, und die Kommune spart zunächst Investitions- und Unterhaltungskosten ein.

Schon in dieser Phase geht die erhöhte Effizienz zu Lasten der nun privat Beschäftigten, die mit Arbeitsverdichtung, längeren Arbeitszeiten und/oder reduzierter Entlohnung rechnen müssen. Entweder werden Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten von Beschäftigung, Service, Wartung und somit der Versorgungsqualität folgen, oder die Kosten werden den Bürgerinnen und Bürgern mit erhöhten Gebührenleistungen abverlangt, wie die als teilprivatisiertes Erfolgsmodell gepriesene Stadtentwässerung in Goslar zeigt. Hier hat der Abwasserpreis den Preis vergleichbarer Kommunen längst überrundet.

**Wir wollen eine öffentliche Daseinsvorsorge für alle!
Wir wollen keine Privatisierung öffentlichen Eigentums!
Wir sind die Eigentümer!**

CDU, FDP, SPD und Grüne diskutieren immer wieder den weiteren Verkauf öffentlichen Eigentums: Forsten, Immobilien, Betriebshöfe, Gebäudemanagement, Straßendienst, öffentliche Parkflächen (einschließlich Parkhäuser), Straßenbeleuchtung, der öffentliche Personennahverkehr, Müllentsorgung, Schulgebäude, sowie Anteile an Sparkassen und Wohnungsbaugesellschaften stehen wiederkehrend auf der Verkaufsliste.

Beispiele finden sich im Landkreis Goslar an vielen Orten. Ein jüngstes Beispiel ist die beabsichtigte (Teil-) Privatisierung des städtischen Betriebshofes in Goslar. Entgegen allen Fachverstand wollen PolitikerInnen aus den o.a. Parteien den Betriebshof nicht als städtischen Eigenbetrieb führen, sondern dem gescheiterten Stadtentwässerungsbetrieb zu führen.

Das Ergebnis: Die Gewinne werden privatisiert und die Risiken dem Steuerzahler aufgebürdet. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird auch für zukünftige Generationen nachhaltig gestört.

DIE LINKE will die öffentliche Daseinsvorsorge nicht dem Gewinnstreben einzelner überlassen.

DIE LINKE verkennt nicht, dass manche Probleme ihre Ursachen auch vor Ort haben.

Eine schlecht geführte und organisierte Stadtverwaltung wird ihre Aufgaben nur unvollständig und ineffizient erfüllen können.

Arbeit und Wirtschaft

Die Kommunen sind ohne ausreichendes Arbeitsplatzangebot für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht lebensfähig.

Die Kommunen müssen für nachhaltige Rahmenbedingungen Sorge tragen, damit Dienstleistungs-, Handels- und Produktionsunternehmen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger entwickeln können.

Die Reduzierung der öffentlichen Investitionen in der Vergangenheit hat nicht nur die lokale Infrastruktur nachhaltig geschädigt. Die Folgen waren auch weitere Insolvenzen von lokalen Unternehmen und mehr Menschen ohne Arbeit.

Daran haben auch infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegte Investitionsförderprogramme des Bundes wenig geändert.

Die von den finanzschwachen Kommunen mit eigenen Mitteln gegen zu finanzierenden Maßnahmen haben vielfach nur zur Verschiebung von Investitionsvorhaben geführt.

Um neue Maßnahmen finanzieren zu können, wurden längst geplante Investitionen zurückgestellt. Der investive Anteil am Gesamthaushalt wurde nicht gesteigert, sondern ist in vielen Kommunen weiter stark rückläufig.

Qualität des Standortes Harz steigern - Arbeit fördern

Die ausschlaggebenden Rahmenbedingungen erfolgreicher Wirtschaftsförderung liegen auf Bundesebene. Deshalb ist es wichtiger denn je, den kommunalen Gestaltungsrahmen intensiv zu nutzen, um die Qualität des Standortes Harz zu steigern.

Die hohe Anzahl an Ladenleerständen nimmt, insbesondere in den kleinen Städten und Gemeinden, weiter zu. Inhabergeführte Geschäfte verschwinden und Handelsketten beanspruchen einen wachsenden Marktanteil an den örtlichen Umsätzen.

Dadurch fließt immer mehr Kaufkraft über die Ladenkassen ab in ferne Konzernzentralen. Der abfließenden Kaufkraft folgen die Menschen; die jungen Menschen wandern ab.

Diese negative Tendenz braucht Gegenmaßnahmen, Ziel der kommunalen Wirtschaftsförderung muss es sein, das Geld und die Kaufkraft in der Region zu halten und zu mehren. Dazu müssen die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden.

Um den Standort Harz und die Stadt Goslar im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten attraktiver zu machen, fordert die LINKE drei Maßnahmen, die sich wechselseitig begünstigen:

- die Unterstützung einer Initiative zur Einführung eines Regiogeldes,
- die Einführung einer Filialen- oder Zweigstellensteuer,
- die Schaffung eines Harzer Investmentfonds zur Finanzierung regionaler Projekte.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist das große Problem unserer Städte im Landkreis Goslar.

Die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren zwar leicht gestiegen, liegen aber immer noch deutlich unter den vergleichbarer Kommunen und sind auf längere Sicht betrachtet erheblich zurückgegangen.

Dagegen sind Arbeitsverhältnisse im Niedrig-Lohn-Sektor angestiegen. In der Folge sind immer mehr Menschen nicht mehr in der Lage durch Arbeit eine auskömmliche Lebensgrundlage zu finanzieren und auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Zudem sind die Aussichten am regionalen Arbeitsmarkt trotz der gegenwärtigen Wachstumsphase schwierig. Das verfügbare Arbeitsvolumen nimmt insgesamt tendenziell ab.

Die Kommunen müssen die Möglichkeiten zur Initiierung von Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung im Verbund mit Unternehmen, Gewerkschaften, Kreditinstituten und gesellschaftsrelevanten Gruppen ausloten.

DIE LINKE setzt sich im Kreistag und in den Rathäusern dafür ein, dass

- eine umfassende Potenzialanalyse erstellt wird, die die Stärken und Schwächen der Region aufzeigt
- kommunale Netzwerke zur Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung unter Beteiligung von Unternehmen, Gewerkschaften, gesellschaftsrelevanten Gruppen und den Kommunen gebildet werden
- die öffentliche Förderung von Ansiedlung und Bestand von regionalen Wirtschaftsunternehmen nur unter der Voraussetzung von Gegenleistungen im Bereich der Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, der Tarifbindung und unter Berücksichtigung von ökologischen Standards gewährt wird,
- Altstandorte für Gewerbe und Industrie revitalisiert werden, um den Flächenverbrauch zu minimieren
- der Anteil der kommunalen Investitionen zur Förderung der regionalen Wirtschaft und Beschäftigung sowie zum Ausbau nachhaltiger Projekte deutlich erhöht wird
- die regionale Entwicklung von Standort und Infrastruktur auf der Ebene des Landkreises unter Einbindung der Städte gesteuert wird
- regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden
- Konzepte zur Förderung der Innenstädte und des innerstädtischen Einzelhandels erstellt werden
- sich der Landkreis Goslar an den Harzwasserwerken beteiligt
- kommunale Wirtschaftsförderung u.a. folgende Inhalte berücksichtigt:
 - Bestandspflege,
 - Unternehmensberatung, einschließlich der Beratung zu Fördermöglichkeiten
 - Führen einer Beraterdatenbank
 - Führen einer Gewerbeflächendatenbank
 - Förderung der Ausbildung
 - Förderung von nachhaltigen Ansiedlungsinitiativen
 - Existenzgründer-Initiative, Ablaufplan Existenzgründung
 - Förderung junger Unternehmen und Existenzgründer, Existenzförderprogramm

Tourismusförderung ist auch Wirtschaftsförderung

Die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor darf für den Landkreis Goslar und seine Städte nicht unterschätzt werden. In den letzten Jahrzehnten hat der Harz erhebliche Einbußen an Gästen und Übernachtungszahlen hinnehmen müssen.

Erst in den letzten Jahren hat sich die Situation für einige Kommunen leicht verbessert. Ob und inwieweit dafür Investitionen in die touristische Infrastruktur beigetragen haben, ist zweifelhaft. Zumindest muss deren langfristige Wirkung in Frage gestellt werden. Beispielhaft sind die Investitionen im Bereich des Wintersports anzuführen. Der Klimawandel führt auch im Harz zu kürzeren Frostperioden, die die Zeitspanne für Wintersportaktivitäten weiter verkürzt. Daran wird auch der allein schon aus ökologischer Sicht abzulehnende Einsatz von Schneekanonen nichts verändern.

Politik und Fremdenverkehrsgesellschaften haben Entwicklungen verschlafen und nur unzureichend in nachhaltige touristische Projekte investiert. Eine Vernetzung von Touristik-Unternehmen, Fremdenverkehrsgesellschaften und Kommunen wurde wiederholt erfolglos versucht.

Tourismus lässt sich im Harz nur im Miteinander erfolgreich gestalten. Vielfach setzt sich noch immer das Konkurrenzdenken Einzelner gegenüber einer gemeinsamen Strategie durch.

Die Übertragung der Marketingaufgaben an private, ortsferne Unternehmen hat die Problemlage nicht entschärft und bindet zusätzliche finanzielle Ressourcen für administrative Tätigkeiten, die für Investitionen fehlen.

Bedingt durch den Rückzug der öffentlichen Investitionen in touristische Projekte setzen die Städte im Landkreis zunehmend auf private Investoren. Dabei werden Projekte genehmigt, die ökologisch nicht vertretbar sind und die regionale Kultur schädigen.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass

- ein Netzwerk „Tourismus Harz“ Unternehmen, Marketing- und Fremdenverkehrsgesellschaften sowie Kommunen zusammenführt,
- nur nachhaltige touristische Projekte und Investitionen, die ökologisch vertretbar sind und in die regionale Kulturlandschaft passen, mit öffentlichen Mitteln gefördert werden,
- der Tagungsstandort Harz ausgebaut wird,
- die Interessen von Tourismus, Kultur und Wirtschaft vereint werden.

Sozialpolitik: Sozial gerecht beginnt vor Ort

Unsere Kommunalpolitik richtet sich konsequent am **Grundsatz sozialer Gerechtigkeit** aus.

Besonderer Förderung und Unterstützung bedürfen Kinder, Jugendliche und Frauen, sozial benachteiligte Gruppen, sowie durch Krankheit und Behinderung benachteiligte Menschen, um in allen wesentlichen Teilen unseres Gemeinwesens teilhaben und es aktiv mit gestalten zu können.

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie die zunehmenden sozialen Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial und Gesundheitspolitik beruhen, können nicht allein im Landkreis Goslar beseitigt oder gemildert werden.

Aber auch vor Ort gibt es, wenn auch begrenzt, Möglichkeiten etwas zu verändern.

Ohne ausreichende und die Existenz sichernde Arbeitsplätze sind die Städte im Landkreis nicht zukunfts- und lebensfähig.

Die Verwaltungen im Landkreis, den Städten und Gemeinden sind Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientierte Beschäftigungspolitik und/oder Wirtschaftsförderung vor Ort etwas ändern und tariflich bezahlte und Existenz sichernde Arbeitsplätze schaffen. Sie tragen Verantwortung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Die LINKE setzt sich im Landkreis und seinen Städten und Gemeinden dafür ein, dass

- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge strikt auf soziale Standards wie die Einhaltung des Mindestlohns und auf Tariffreue zu achten ist.

Die mit Hartz - IV eingeschlagene Politik ist unmenschlich.

Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für eine sanktionsfreie, menschenwürdige Mindestsicherung ein, um Armut zu verhindern. So muss endlich damit begonnen werden, die fortwährend steigende Altersarmut zu bekämpfen.

Die Hartz IV-Gesetze müssen überwunden werden, weil

- durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe die Armut drastisch zugenommen hat,
- keine Arbeitsplätze geschaffen, vielmehr vorhandene zerstört werden,
- Arbeitslose mangels sozialversicherungspflichtiger und auskömmlicher Beschäftigungsverhältnisse unter Androhung von Sanktionen in ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse gezwungen werden, die zudem zusätzlicher Unterstützung als sogenannte Aufstocker durch ergänzendes ALG II/ Hartz IV bedürfen,

- immer mehr Kinder zusammen mit ihren Eltern in das soziale Abseits rutschen. Allein in unserer Region leben über 20% der Kinder unter der Armutsgrenze.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

- Sanktionen abgeschafft und durch Anreize ersetzt werden.
- anstelle von Hartz IV eine Grundsicherung eingeführt wird, die ein Menschen würdiges Dasein ermöglicht.
- sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, bestehende Tarifverträge sowie ein Mindestlohn, der wirklich die Existenz sichert, eingehalten werden.

Wir brauchen einen starken öffentlichen Beschäftigungssektor – insbesondere in den Bedarfsfeldern Soziales, Ökologie, Bildung und Kultur.

DIE LINKE im Landkreis Goslar

- lehnt eine Pauschalierung der Unterkunftskosten beim ALG II ab
- wird darüber wachen, dass die Zahl der 1,- Euro Jobs weiterhin niedrig bleibt und dass sie nur in begründeten Ausnahmefällen und freiwillig vergeben werden.
- fordert dass anstelle von 1.- Euro Jobs die Mittel für Eingliederungszuschüsse zu sozialversicherungspflichtigen Stellen wieder erhöht werden.

DIE LINKE fordert von Jobcenter u. vom Landkreis Goslar:

- Einzelfallentscheidungen bei Überschreitung der Grenzen für Miet- und Heizkosten, weil die Richtwerte des Landkreises für Mietkosten tatsächlich keine starren Obergrenzen sind u. begründet überschritten werden dürfen.
- setzt sich für die regelmäßige Anhebung der Richtwerte des Landkreises für Mietkosten ein, weil die Mieten laufend steigen.
- fordert, dass Heizkosten in voller Höhe – zumindest aber als Richtwert nach dem Bundesheizkostenspiegel - übernommen werden.
- Keine Zwangsverrentungen mit 63 Lebensjahren vorzunehmen, wenn noch keine 35 Beitragsjahre in der Sozialversicherung erreicht sind
- Dass Schulden der Leistungsbezieher zügig durch Darlehen vom Jobcenter übernommen werden und dass die Darlehen (auch mehrere gleichzeitig) nur wie gesetzlich vorgeschrieben in Höhe von insgesamt 10 % der Regelleistung monatlich (gegebenenfalls nacheinander) getilgt werden müssen.

Für soziale Kommunen – Sozialpass und Sozialticket einführen

Die LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass

- ein Sozialpass für ALG-II-Bezieher, Sozialgeldberechtigte, RentnerInnen, für diejenigen die Grundsicherung im Alter nach dem Sozialgesetzbuch XII beziehen und für alle anderen Geringverdiener eingeführt wird, mit dem z. B. öffentliche Einrichtungen, wie Schwimmbäder, Museen, Büchereien oder die Volkshochschule kostengünstig oder kostenfrei genutzt werden können,

- ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eingeführt wird, mit dem die Nahverkehrsangebote kostengünstig oder kostenfrei genutzt werden können,
- der Preis für eine Monatskarte im öffentlichen Nahverkehr auf den im ALG II-Regelsatz vorgesehenen Betrag zu begrenzen ist.

Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen

Für alle Einrichtungen der „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Initiativen, Tauschringe, Beratungseinrichtungen, Selbsthilfegruppen) sollen nach transparenten Richtlinien Finanzmittel bereitgestellt werden.

Die Überschuldung privater Haushalte muss durch weitere Verstärkung der Entschuldungsberatung abgebaut werden.

Jährlich muss die Situation - auch wegen der zusätzlichen Zulassung eines privaten Anbieters neben der Schuldnerberatung der Diakonie - überprüft werden.

Eine regelmäßige **Berichterstattung über die Armut im Landkreis Goslar** und seinen Städten halten wir für zwingend erforderlich, um daraus sozialpolitische Konsequenzen ziehen zu können.

Wo wir leben, muss Zukunft sein!

Kommunale Demokratie

Jeder Mensch lebt in einer Kommune und ist damit direkt und unmittelbar von der dort praktizierten Politik betroffen. Ein Großteil der Verwaltungsleistungen wird in der Kommune erbracht und diese Leistungen sind in hohem Maße von den PolitikerInnen der kommunalen Ebene beeinflussbar.

Auf dieser Ebene liegen die größten Potenziale für gesellschaftliches Engagement, Partizipation und für aktives Mitgestalten. Hier findet sich die Chance einer intensiven Kommunikation zwischen Politik und BürgerInnen.

Direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz der repräsentativen Demokratie müssen eng miteinander gekoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Die Gesellschaft gestalten, politische Entscheidungen beeinflussen - dies kann für Bürgerinnen und Bürger nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen transparent sind.

Politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse sind daher grundsätzlich für die Teilnahme der Bevölkerung zu öffnen. Auch mit der jetzigen kommunalen Gesetzgebung ist weitaus mehr an Teilhabe möglich als real praktiziert wird. Die kommunalen Vertretungen müssen die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen.

Mit den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten stehen weit reichende neue technische Grundlagen und Voraussetzungen für die bürgernahe Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher Angelegenheiten zur Verfügung.

Informationen über die eigenen Rechte sowie über die Möglichkeiten ihrer Realisierung müssen allgemein zugänglich werden. Vor allem aber bedarf es eines entsprechenden politischen Willens, die neuen Informationsmöglichkeiten auch breit und ungehindert zugänglich zu machen.

Verwaltungen sind Dienstleister für den Menschen. Sie sind den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner ständig anzupassen.

Die Selbstentmachtung von Kreistag und Räten beenden

Privatisierungen sind nicht nur ungeeignet, die städtischen Finanzen zu sanieren. Sie sind auch ein direkter Abbau von Demokratie.

Nicht nur durch den direkten Verkauf kommunaler Unternehmen, sondern bereits durch ihre Umwandlung in eine GmbH werden zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge der Kontrolle des Kommunalparlaments entzogen. Über Gesellschaftsverträge und Satzungen ist der Einfluss der gewählten Abgeordneten abgetreten worden.

Die in strikter Geheimhaltung zwischen Nordamerika und der EU geführten Freihandelsabkommen (TTPI,Ceta) werden die kommunalen Handlungsmöglichkeiten weiter deutlich einschränken.

Mit dieser Selbstentmachtung muss Schluss sein! Wir wollen:

- Keine weitere Umwandlung kommunaler Betriebe in privatrechtliche Gesellschaften
- Die Rückführung privatisierter Betriebe in die öffentliche Hand und im Übergang eine Änderung der Gesellschaftsverträge und Satzungen zur Sicherung des größtmöglichen Einflusses der kommunalen Vertretung auf Angebot, Geschäftspolitik und Preisgestaltung der Betriebe mit kommunaler Beteiligung
- Öffentliche Aufsichtsratssitzungen in allen Betrieben, an denen der Landkreis und/oder die Städte beteiligt sind
- Eine zeitliche Begrenzung der Aufsichtsratsmandate auf maximal zwei Legislaturperioden,
- Die öffentliche Bekanntgabe der Tagesordnungen der Aufsichtsratssitzungen,
- Alle Möglichkeiten prüfen und ausschöpfen, um auch die Verwaltungsausschusssitzungen in den Räten öffentlich zu machen.

Das „gläserne Rathaus bzw. Kreishaus“

Im Mittelpunkt der Überlegungen zur Reform der Verwaltung und der Ratsarbeit steht der Leitgedanke, Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates so zu ändern, dass optimale Bedingungen für die Mitwirkung der EinwohnerInnen und die Stärkung der durch demokratische Wahlen gebildeten Organe gegenüber der Verwaltung geschaffen werden.

Unter Berücksichtigung der Umsetzbarkeit im Rahmen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) fordern wir deshalb:

- Die Beteiligung der EinwohnerInnen an der Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen (Bürgerhaushalte)
- EinwohnerInnen-Fragestunden zu Beginn und am Ende einer jeder Sitzung
- Grundsätzliche Anhörungsrechte von Bürgerinitiativen in allen Ausschüssen
- Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern (keine Parteienvertreter) in die Fachausschüsse
- Die Beteiligung von gesellschaftsrelevanten Gruppen in den kommunalen Ausschüssen.
- Das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die länger als ein Jahr im Landkreis Goslar leben
- EinwohnerInnenfreundliche Umstrukturierung der Verwaltung, so dass zusätzliche Behördengänge für die EinwohnerInnen vermieden werden
- Die Einrichtung bzw. den Ausbau der Arbeit von „BürgerInnen-Büros“
- Die Einrichtung von Fraktionsbüros in den Rathäusern um den EinwohnerInnen die Kontaktaufnahme zu erleichtern
- Ein umfassendes Auskunftsrecht für alle EinwohnerInnen über alle Planungen der Kommunen und des Landkreises

- Die Durchführung von EinwohnerInnen-Versammlungen bei relevanten kommunalen Vorhaben

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)

Die LINKE befürwortet die Interkommunale Zusammenarbeit, soweit dadurch die Qualität und die Bürgernähe der Daseinsvorsorge nicht in Gefahr geraten und sinnvolle Einsparungen erzielt werden.

Zusammenlegung von Städten und Landkreisen

Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Grundgesetz

Bei einer Zusammenlegung von Städten und Landkreisen muss die bürgernahe Wahl von Stadträten und Kreistagsabgeordneten und damit der ortsnahe und direkte Kontakt der BürgerInnen zu ihren gewählten Vertretern erhalten bleiben.

Die Qualität und die Bürgernähe der Daseinsvorsorge sind zu gewährleisten. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Grundgesetz darf nicht weiter ausgehöhlt werden.

Kinder, Jugend und Schule

Die Zahl der in Armut aufwachsenden Kinder ist weiter deutlich gestiegen. Allein im Landkreis Goslar leben über 20% der Kinder unter der Armutsgrenze.

Diese Kinder erfahren Armut, weil sie im alltäglichen Leben ihre Lebensbedingungen mit denen ihrer Spielgefährten vergleichen. Wenn Eltern beispielsweise den Beitrag für einen Sportverein nicht bezahlen können, führt dies zur Erfahrung der sozialen Diskriminierung schon im frühen Alter. Die gegenteilige Erfahrung von Privilegierung durch Herkunft gefährdet die soziale Entwicklung und fördert Elitedenken.

Recht auf gleiche Entwicklungschancen

Wir wollen das Recht der Kinder auf soziale Entwicklung zur Geltung bringen. Kinder brauchen, unabhängig vom Einkommen der Eltern, gleiche Entwicklungschancen. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für gleiche Bildungschancen fehlen im Landkreis Goslar Krippen- und Hortplätze. Tageseltern sind kein gleichwertiger Ersatz für Krippenplätze.

Daher fordert DIE LINKE:

- die weitere Reduzierung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten (KiTa) – mit dem Ziel der beitragsfreien Erziehung und Bildung in KiTas,
- den Erhalt wohnortnaher Grundschulen und Kindertagesstätten („kurze Beine – kurze Wege“),
- ein Integrationskonzept für die vorschulische Erziehung nach skandinavischem Vorbild, um die Sprachprobleme vieler Kinder, insbesondere mit Migrationshintergrund, zu überwinden,
- die Ausweitung einer Ganztagsbetreuung in Schule und KiTa, einschließlich der Krippen- und Hortplätze, mit pädagogischem Konzept und qualifiziertem Personal, sowie Mittagsverpflegung und Hausaufgabenhilfe,
- die konsequente Umsetzung der bestehenden rechtlichen Vorgaben zur Gewährleistung eines ausreichenden Angebotes,
- die Öffnung von Schulgebäuden, Schulhöfen und Sportplätzen als Lebensraum für Kinder und Jugendliche auch in schulfreien Zeiten,
- langfristig keine öffentliche Förderung von Privatschulen,
- die Veröffentlichung eines regionalen Armutsberichts, der, federführend durch die Kommunen und den Landkreis, unter Beteiligung von Gewerkschaften, Sozialverbänden und interessierten Akteuren, jährlich unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Kinderarmut erstellt wird. Aus dem Armutsbericht sind entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Darüber hinaus wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass

- Jugendfreizeiteinrichtungen, insbesondere in Gebieten mit sozialen Brennpunkten, erhalten bzw. wieder eingerichtet werden und mit ausreichend qualifiziertem Personal besetzt werden,

- in Wohngebieten mit Migrationsschwerpunkt mehrsprachige SozialarbeiterInnen eingesetzt werden,
- die Öffnungszeiten von Einrichtungen, die soziale und jugendpflegerische Aufgaben erfüllen, sich am Bedarf von jungen Menschen orientieren,
- junge Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden und ihre Beteiligungsform auf kommunaler Ebene selbst definieren,
- Sportstätten auch vereinsungebundenen jungen Menschen zur Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen,
- in Jugendfreizeitstätten angemessene Freizeitangebote vorgehalten werden.

Eine Schule für alle!

Als Konsequenz aus der PISA-Studie fordert DIE LINKE zur Förderung von mehr Chancengleichheit im Landkreis Goslar die Einrichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen.

Die LINKE fordert die Umwandlung der Oberschule Seesen in eine Integrierte Gesamtschule.

Die neue Schulform der Oberschule lehnen wir ab, da sie weder eine Oberstufe, noch - zumindest standardmäßig - einen Gymnasialzweig beinhaltet. Die Oberschule in Seesen hat seit dem Schuljahr 2016/2017 einen Gymnasialzweig. Diese Schule ist eine verkappte Kooperative Gesamtschule (KGS). In Niedersachsen sind alle KGS in IGS umgewandelt worden.

Ganztagschulen dürfen nicht als nachmittägliche Freizeitbetreuung von Schulkindern verstanden werden. Sie benötigen ein pädagogisches Konzept mit Förderunterricht und sozialem Lernen.

Der Sanierungsbedarf von Schulgebäuden ist groß. Die Privatisierung von Schulgebäuden und Turnhallen lehnen wir ab.

Lebenslanges Lernen ist nötiger denn je. Dazu trägt die Erwachsenenbildung bei. Die Kreisvolkshochschule muss ein Konzept entwickeln, um sozial Benachteiligte und Bildungsungeübte zu fördern. Dazu müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Linke fordert die konsequente Umsetzung der Inklusion in allen Schulen. An Schulen, an denen mit der Inklusion begonnen wurde, müssen die personellen, sachlichen und pädagogischen Voraussetzungen geschaffen werden, um auch ein geeignetes Lernumfeld bereitzustellen.

Gleichberechtigtes Zusammenleben mit behinderten Menschen

Autonome Eigenaktivität und Selbstorganisation von Menschen mit Behinderungen ist die erste und wichtigste Voraussetzung für selbst bestimmte Teilhabe am ganzen Leben, um Ausgrenzung und Benachteiligung zu beseitigen und zukünftig zu verhindern.

Es geht um Menschen mit schweren körperlichen, geistigen und/oder seelischen Behinderungen, die mit uns gleichberechtigt zusammenleben und nicht ausgegrenzt werden wollen. Barrieren aller Art und eine gesellschaftliche Grundeinstellung, die Menschen ohne Beeinträchtigung als Maßstab nimmt und alle aussondert, die dieser „Normalität“ nicht entsprechen, behindern und verhindern die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranker, älterer oder pflegebedürftiger Personen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bezieht konsequent einen radikalen Standpunkt: „Die Gesellschaft hat sich den (behinderten) Menschen anzupassen – nicht umgekehrt.“ Die UN-BRK wurde von der UNO 2006 beschlossen, ist schon am 3. Mai 2008 in Kraft getreten und wird leider erst jetzt 2016 im Bundestag durch das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) in deutsches Recht umgesetzt.

Behindertenpolitik muss das ganze Leben umgestalten

Barrieren müssen im öffentlichen Nahverkehr, der Schule, in der Arbeitswelt, im Gesundheitssystem und in Kultureinrichtungen beseitigt werden.

Inklusion verbessert die Lebensbedingungen für alle

Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen und/oder mit Lernbehinderung, ihre Rechte besser zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern.

- Wir treten dafür ein, dass alle Kommunen im Landkreis Goslar die Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“ vom 24.03.1995 unterzeichnen und die dort genannten Standards in die tägliche Praxis der Kommunalpolitik einfließen lassen

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass

- der schrittweise Umbau aller öffentlichen Einrichtungen gemäß der Zertifizierung „Barrierefrei“ erfolgt.
- mehr Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung eingerichtet werden.
- weitere Ampeln (u. Leitsysteme) für Sehbehinderte installiert werden.
- dass Bürgersteige an öffentlichen Straßen und Wegen abgesenkt werden.
- die Verkehrsmittel des ÖPNV umfassend den Erfordernissen behinderter BürgerInnen angepasst werden.
- bei allen öffentlichen und privaten Bauvorhaben und sozialen Projekten Barrierefreiheit zusammen mit Behindertenorganisationen von Anfang an

eingepplant wird.

- auch private Besitzer oder Betreiber von Geschäften/Läden, Hotels, Restaurants, Cafés und Versammlungsstätten freiwillig (d. h. noch ohne gesetzliche Grundlage) für die Barrierefreiheit ihrer Einrichtungen sorgen.
- ein vom Landkreis Goslar auf unseren Antrag hin im Kreistag beschlossener ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter so schnell wie möglich gefunden und auf Vorschlag vom Behindertenbeirat eingesetzt wird.
- der Landkreis regelmäßig einen qualifizierten Sozialbericht unter Beteiligung von Betroffenen erstattet.

Der Beschäftigung von Schwerbehinderten ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die gesetzliche Quote zur Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen in der öffentlichen Verwaltung ist zwingend einzuhalten. In Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung ist die Quote einzufordern.

Die Solidarität mit den behinderten MitbürgerInnen unserer Gemeinden und Städte ist unsere Aufgabe und Verpflichtung. Notwendige Hilfe darf keine bevormundende Fürsorge mehr sein, wie die Behindertenverbände auch im Jahr 2016 noch kritisieren. Behinderten muss endlich auch in der Praxis das Recht auf selbst bestimmte Teilhabe in Würde gewährt werden.

Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und gestaltende soziale Teilhabe von behinderten und nicht behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen kann auch im Landkreis Goslar letztendlich nicht abgesondert in besonderen Einrichtungen, Heimen, Schulen und KiTas für Behinderte sondern nur inklusiv, d. h. einbezogen im alltäglichen Leben gelingen.

Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungsplanung wird im Sprachgebrauch oftmals auf die Planung der räumlichen Entwicklung beschränkt. Indessen gilt es zu berücksichtigen, dass so gut wie alle kommunalen Handlungsfelder auch einen räumlichen Bezug haben.

Die Handlungsfelder Bauen, Wohnen und Verkehr stehen dabei in besonders enger Beziehung zur Stadtentwicklungsplanung.

Der Grundsatz einer jeden Planung muss die sinnvolle Verwendung knapper Ressourcen sein, die bei jedem Projekt eine detaillierte Güterabwägung erfordert.

In welchem Verhältnis stehen unter Anderem wirtschaftliche Aspekte, der Verbrauch von Ressourcen, wie Finanzmittel und Boden, ökologische Beeinträchtigungen, einschließlich des Erhalts der Gesundheit, zueinander?

Stadterneuerung und -umbau gehen vor Stadterweiterung!

Für DIE LINKE ist daher von Bedeutung:

- die Steigerung der Attraktivität und Qualität in den Innenstädten,
- die städtebaulichen Erhaltungs- und Gestaltungsaufgaben, einschließlich der Ortsbild- und Landschaftspflege, Denkmalschutz, Platz- und Stadtrandgestaltungen, Gestaltung der Ortseingangsbereiche,
- die städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilkernen,
- die städtebauliche Verdichtung in bebauten Siedlungsgebieten (Lückenbebauung),
- die Umnutzung von Industrie-, Gewerbe-, Bahn- und sonstigen Brachflächen, einschließlich der damit verbundenen Maßnahmen zur Lösung von Altlastenproblemen, mit dem Ziel neuer Nutzungen,
- die Verbesserung der städtebaulichen Rahmenbedingungen für Gewerbeansiedlungen,
- ein konsequentes Zentrenkonzept, um die Innenstadt vor der Konkurrenz auf der grünen Wiese bzw. am Stadtrand zu schützen,
- die Sicherung industrieller und gewerblicher Standorte,
- der Ausbau und der Erhalt der vorhandenen Infrastruktur,
- Maßnahmen zur Lärmbekämpfung,
- Aufgaben der ökologischen Stadterneuerung.

Der wohnungspolitische Handlungsrahmen der Kommunen ist durch landes- und bundesgesetzliche Regelungen eng begrenzt.

Die kommunalpolitischen Möglichkeiten beschränken sich auf die Auswahl von Wohnstandorten und deren Umweltbedingungen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine intakte Infrastruktur in Städten, Stadtteilen und Dörfern, dazu gehören u.a. die Möglichkeit zur wohnortnahen Grundversorgung - einschließlich öffentlicher Einrichtungen - ,

- der Erhalt der Verkehrswege, eine bedarfsorientierte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr,
- höhere Sanierungszuschüsse für besonderen Aufwand im Bereich der Stadtbildpflege, der Altbauten- und Energiesanierung,
- die Wohnraumregulierung in Zusammenwirken mit den Wohnbaugesellschaften, ggf. den Abriss von Altbestand im Geschosswohnungsbau,
- Neubaugebiete nur an Standorten mit vorhandener Infrastruktur zu realisieren,
- Festlegung von Sanierungsgebieten zur Verbesserung des Wohnumfeldes.

Für eine sozialere und umweltverträglichere Mobilität!

Die Auswirkungen verkehrspolitischer Entscheidungen bekommen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt zu spüren.

Kommunale Verkehrspolitik muss für ein verträgliches Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsarten sorgen. Neue Verkehrsvorhaben sind stets einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

Bedingt durch enorme Landes- und/oder Bundeszuschüsse wurden auf örtlicher Ebene Straßenbauprogramme realisiert, ohne die Erforderlichkeit des Projektes zu hinterfragen. Folgekosten blieben gänzlich unberücksichtigt.

Dagegen verfielen die Anlagen im öffentlichen Personennahverkehr, Bahnhöfe wurden geschlossen und öffentliche Verkehrsangebote gestrichen.

Die Genehmigung neuer Gewerbeflächen und Einkaufszentren auf der ‚grünen Wiese‘ ist auch gleichbedeutend mit einer Entscheidung für mehr Verkehr.

Gleiches gilt für die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete.

Werden Wohnungen und Häuser entfernt von Bildungseinrichtungen und Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten und Arztpraxen errichtet, ist die zwangsläufige Folge ein Zuwachs an Verkehrsbewegungen.

Eine Politik des ungehemmten Verkehrswachstums führt in die soziale wie ökologische Sackgasse!

Kommunale Verkehrspolitik war bisher geprägt von Investitionen in die Straßeninfrastruktur. Mit der einseitigen Ausrichtung auf das Auto und den LKW als Verkehrsträger sind aber auch massive volkswirtschaftliche Probleme verbunden, die hohe Kosten zum Erhalt von Gesundheit und Umwelt verursachen.

DIE LINKE setzt sich für einen Wandel in der Verkehrspolitik ein. Unser Ziel soll erreicht werden durch:

- eine Verstärkung des AGENDA 21 - Prozesses, durch den die qualitativen Kriterien für eine umweltverträglichere und sozialere Verkehrspolitik entwickelt werden. Dazu gehört auch, dass in der kommunalen Bauleitplanung Verkehrsvermeidungs-Strategien eine größere Beachtung finden,

- die Überarbeitung des Nahverkehrsplans, durch den neue Impulse für den Auf- und Ausbau eines modernen, sich an den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer orientierenden, Nahverkehrs entstehen können,
- einen Sanierungsplan für bestehende Straßen. Viele Straßen im Kreisgebiet sind in einem schlechten Zustand. Daher ist der Schwerpunkt künftiger Straßenplanung auf die Entschärfung von Unfallschwerpunkten und die Sanierung von Straßen zu legen. Neue Straßenverbindungen sollten, neben den negativen Folgen für Natur und Landschaft sowie den davon ausgehenden Beeinträchtigungen der Lebensverhältnisse für die Anwohnerinnen und Anwohner, nicht weiter verfolgt werden,
- die Ausweitung der kostenfreien Beförderung auch auf SchülerInnen der Oberstufe,
- die Erhöhung der Kapazitäten in der Schülerbeförderung, um den Kindern und Jugendlichen im Schülerverkehr ausreichend Sitzplätze zur Verfügung zu stellen,
- die zweckgebundene Verwendung der Nahverkehrsmittel, die dem Landkreis nach dem Nds. Nahverkehrsgesetz zur Verfügung stehen,
- die mittelfristige Einführung eines kostenfreien Personennahverkehrs,
- die Wiedereröffnung des Bahnhofs in Othfresen zur Förderung des Schienenverkehrs
- die Einführung des Harzer Urlaubstickets (HATIX) auch im Westharz.

Wo wir leben, muss es lebenswert sein!

Für alle Generationen

Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung soll sich nach verschiedenen Studien von jetzt ca. 25 % in den Jahren zwischen 2030 bis 2050 auf bis zu über 37 % erhöhen – allerdings bei einem deutlichen Rückgang der Gesamtbevölkerung.

Das Alter als eigenständige Lebensphase in seiner Vielfalt gewinnt an Bedeutung. Immer mehr vitale und kompetente SeniorInnen müssen ihre Lebenserfahrungen, ihr Können und Wissen aktiv in die Mitgestaltung der Gesellschaft einbringen können.

Der neoliberale Mainstream in den Medien hat uns in den vergangenen Jahren eingeredet, dass die ältere Generation auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen lebt. Und dass die Senioren aus diesem Grund ihre Ansprüche zurückstecken müssen.

DIE LINKE ist der Ansicht, dass es keinen objektiven Grund dafür gibt, dass die Interessen von Jungen und Alten an einem guten Leben nicht gleichermaßen berücksichtigt werden können.

Wir brauchen keine Angst vor einem Wandel in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung (demografischer Wandel) zu haben.

- Die Produktivität ist so hoch in Deutschland, dass erheblich weniger Beschäftigte – und dazu noch in kürzerer Zeit - das erwirtschaften, was für unseren Lebensstandard nötig ist. Das heißt, eine geringere Zahl von aktiv im Erwerbsleben stehenden Menschen produziert mehr lebensnotwendige Güter als früher und kann so eine größere Zahl von nicht im Erwerbsleben stehenden Personen als früher mit den notwendigen Gütern versorgen.
- Es gab Zeiten in Deutschland, da war die Alterszusammensetzung im Verhältnis von in Arbeit stehenden und in Ruhestand lebenden Menschen noch ungünstiger als heute. Trotzdem war es kein Problem, die Rente der SeniorInnen zu finanzieren.
- Die Kosten für junge und ältere Menschen sind im Zusammenhang zu sehen. Aus dem derzeitigen großen Geburtenrückgang folgt eine logische Konsequenz: Die anfallenden sozialen Kosten für Kindergärten, Schulen usw. verringern sich.

DIE LINKE unterstützt und fördert im Landkreis Goslar und seinen Kommunen

- das Miteinander von Jung und Alt im Verein und im Stadtteil,
- den Erhalt und die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern mit Wohn- und Veranstaltungsräumen,
- das ehrenamtliche Engagement der Seniorinnen und Senioren,
- die Förderung von Altenwohngemeinschaften,
- bezahlbare barrierefreie SeniorInnenwohnungen.

Ein zunehmender Anteil alter Menschen ist von Altersarmut bedroht. Dies gilt vor allem für Frauen, weil das bestehende Rentenrecht überwiegend von den Erwerbsbiographien abhängig ist. Für eine solidarische Kommunalpolitik besteht vorrangig die Aufgabe, Beiträge gegen Altersarmut, Vereinzelung und Entsolidarisierung zu leisten, sowie die alten Menschen an den kommunalen Entscheidungsprozessen teilnehmen zu lassen und Selbstverwaltungsstrukturen wie SeniorInnenvertretungen zu unterstützen.

Es gilt, die Lebensleistung der älteren Generationen zu respektieren, jegliche Diskriminierungen aus Altersgründen zu unterlassen und die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

Sinnvoll ist es, die kommunalen Probleme und Aufgabenstellungen in einem zu diskutierenden und dann zu beschließenden Altenplan zusammenzufassen.

- Wir fördern die Einrichtung und den Erhalt von SeniorInnenbüros, die in Sozialhilfefragen, in besonderen Lebenslagen über Kur- und Erholungsmaßnahmen, Blindengeld, Wohngeld, gesundheitliche Vorsorge, Hospizarbeit usw. beraten. Es müssen Möglichkeiten der Begegnung und Betreuung für Ältere und Jüngere geschaffen und/oder ausgebaut werden.
- Für Seniorinnen und Senioren sind Weiterbildungskonzepte anzubieten, die ihren Lern- und Bildungsbedürfnissen entsprechen und ältere Menschen gleichermaßen als Lernende und Lehrende akzeptieren. Für die Stadtplanung ist es wichtig, einen Mix der verschiedenen Altersgruppen in allen Wohngebieten zu erreichen. Wohngemeinschaften, betreute Wohngruppen, Altenheime und Pflegeheime sind den örtlichen Bedürfnissen entsprechend vorzusehen. Die Mitbestimmung in den Alten- und Altenpflegeheimen ist auszuweiten, und eine ausreichende Kontrolle privat betriebener Heime ist sicherzustellen.
- Städteplanung muss auf SeniorInnen Rücksicht nehmen (Ampeln, verkehrsberuhigte Zonen, Grünanlagen, kurze Wege für Einkauf und andere Erledigungen, ÖPNV etc.)
- Kulturelle Angebote müssen für SeniorInnen erschwinglich und zugänglich sein. Gleiches gilt für Sport- und weitere Freizeiteinrichtungen.

Gleichstellung der Geschlechter

Unsere Politik zur Gleichstellung der Geschlechter hat das Ziel, gesellschaftliche Missverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu beseitigen und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen. Bestehende Benachteiligungen vorrangig von Frauen müssen abgebaut und Denk- und Verhaltensmuster geändert werden, um eine gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu gewährleisten.

Frauen gehören im Besonderen zu den VerliererInnen der Arbeitsmarktreformen der letzten Bundesregierungen.

Mehr oder weniger mühevoll erreichten Frauen zwar ein Umdenken. Forderungen wie Quotenregelungen, Frauenförderpläne und Gleichstellungsgesetze sind in der politischen Diskussion nicht mehr wegzudenken, wurden aber nur zum Teil realisiert.

Besonders alleinerziehende Frauen sind von Armut betroffen.

Von der Ausbreitung prekärer, nicht sozialversicherter Arbeitsverhältnisse sind Frauen in besonderem Maße betroffen. Mini- und Midi-Jobs werden fast ausschließlich von Frauen als ‚Zuverdienst‘ genutzt.

Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind bei bestehender gleicher Qualifikation und gleicher Arbeitsleistung immer noch erschreckend hoch.

Auf kommunaler Ebene werden zunehmend häufiger die Zuschüsse für Frauenhäuser, für Projekte der Familien- und Lebenshilfe wie z.B. Pro Familia, für offene Erziehungshilfen, Eltern- und Erziehungsberatungsstellen und Maßnahmen der Jugendhilfe reduziert oder gänzlich gestrichen.

DIE LINKE fordert hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in allen Städten und Gemeinden ab 20.000 EinwohnerInnen.

Wir wollen in den Kommunen Regelungen zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem privaten und dem öffentlichen Arbeitsmarkt durchsetzen. Dazu gehören kommunale Förderpläne für die Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsstellen an Frauen ebenso wie entsprechende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote, sowie eine quotierte Vergabe von Arbeitsplätzen, insbesondere in Führungspositionen. Aufsichtsratsmitglieder kommunaler (Beteiligungs-) Gesellschaften müssen geschlechterquotiert gewählt werden. Die Vorsitzenden von Ausschüssen der Kommunalparlamente müssen geschlechterquotiert besetzt werden.

Kommunen können und sollen Vorbild für Frauenförderung sein.

Im Landkreis und seinen Kommunen soll Gender Mainstreaming als verbindliche Strategie gelten. Gender Mainstreaming hat Geschlechterdemokratie zum Ziel. Bei allen kommunalen Planungen müssen die Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden. Dazu muss ein Gendercheck eingeführt werden, der alle kommunalen Maßnahmen auf Geschlechtergerechtigkeit überprüft. Die MitarbeiterInnen der kommunalen Verwaltungen müssen dazu fortgebildet werden.

Eine geschlechterbezogene Sichtweise fördert u.a. die Schaffung von Elternparkplätzen in den Innenstädten, mehr Teilzeitarbeitsplätze für männliche Führungskräfte, Geschlechterquoten bei bestimmten Berufen, die männlich bzw. weiblich dominiert sind. Ein mittelfristiges Ziel ist ein genderbudgetierter Haushalt, d.h. die geschlechtergerechte Verteilung der Haushaltsmittel. Dafür muss zunächst der Haushalt darauf untersucht werden, welche Mittel den einzelnen Geschlechtern (mehr) nützen (Genderwirkungsanalyse). Schließlich müssen die Budgets so verteilt werden, dass kein Geschlecht bevorzugt wird.

Frauen und Kinder werden immer wieder Opfer von Gewalt.

Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum für Frauen und Mädchen muss u.a. über mehr Frauenparkplätze, gesicherte Bereiche in öffentlichen Verkehrsmitteln, Frauennachttaxen und beleuchtete Wege gewährleistet werden.

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache.

Eine verstärkte Koordination aller Beteiligten bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt ist erforderlich. Beratungsstellen, vor allem eine Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (BISS) und (autonome) Frauen- und Mädchenhäuser, müssen langfristige materielle Zusagen erhalten und unbürokratisch handeln dürfen.

Der immer noch weit verbreiteten Vorstellung, Frauen und Kinder seien Menschen zweiter Klasse, treten wir entgegen.

Deshalb setzen wir uns für kulturelle Projekte ein, die gezielt eine Veränderung dieser patriarchalen Mentalität fördern. Dazu gehört, dass Kinder schon im Kindergarten ein geändertes Rollenverhalten erlernen, das in Schulen, in der beruflichen Ausbildung und an Universitäten weitergeführt werden muss. Darüber hinaus unterstützen wir Kampagnen, die dem „backlash“, dem ideologischen Rollback gegen die Feminisierung der Gesellschaft, eine an individueller Freiheit und universeller Gleichheit orientierte Wertedebatte entgegensetzen.

Wir fordern ein eigenständiges Bleiberecht immigrierter Frauen unabhängig vom Bleiberecht ihrer Ehemänner. Dazu gehört die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe, wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat, Witwenverbrennung usw. Die Ausländerbehörden der Landkreise und Kommunen werden aufgefordert, entsprechend zu handeln.

Gleiche Rechte für MigrantInnen

Im Landkreis Goslar leben derzeit ca. 11.000 Menschen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Das sind etwa 8% der Bevölkerung. Sie leben zu einem großen Teil schon seit vielen Jahren im Landkreis Goslar und haben ihn zu ihrer Heimat gemacht. Deshalb sind sie nicht als Gäste zu betrachten, sondern als gleichberechtigte Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Goslar.

Die geltende Ausländergesetzgebung sieht eine Ungleichbehandlung von Deutschen und MigrantInnen vor, die kontraproduktiv für eine erfolgreiche Integration sein können. Zur Gleichberechtigung gehört besonders die Möglichkeit einer aktiven oder passiven Wahl. Das Wahlrecht für MigrantInnen besteht jedoch nur auf kommunaler Ebene für die begrenzte Gruppe von EU-BürgerInnen.

Unmittelbar nach der Einreise in Deutschland müssen den Migrantinnen und MigrantInnen ausnahmslos Deutsch- und Politikurse angeboten werden. Die Kosten sind durch Bund, Land und Kommunen zu tragen.

Bei der Ausschreibung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen beim Landkreis und seinen Kommunen ist auf die anonymisierte Bewerbung zu achten. Der Arbeitgeberverband, die IHK, die Innungen und die Handwerkskammer sind aufgerufen, sich aktiv um die Beschäftigung von MigrantInnen zu bemühen.

Spezielle Informationen über das deutsche Schulsystem und die verschiedenen Schulformen für Eltern in ihrer jeweiliger Landessprache zur Verfügung gestellt werden.

Die kulturellen Einrichtungen (Stadtbibliothek, Musikschule, Museen) müssen sich mit Informationen und speziellen Führungen an die MigrantInnen wenden.

Die Errichtung von multikulturellen Treffpunkten, wo sich Migrantinnen und Migranten treffen können, ist unabdingbar. Ebenso sind Beratungsstellen für MigrantInnen einzurichten, die auf deren besondere Bedürfnisse zugeschnitten sind. Das europäische Antidiskriminierungsgesetz muss endlich umgesetzt werden. Eine Antidiskriminierungsstelle ist beim Landkreis Goslar einzurichten.

Gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen!

Die LINKE setzt sich dafür ein,

- dass lang hier lebende Flüchtlinge ein Bleiberecht erhalten
- den Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit den Zugang zu Arbeitsplätzen zu erleichtern
- dass Flüchtlinge einen Arbeitsplatz zu fairem Lohn zu erhalten
- dass der Landkreis Goslar Flüchtlinge weiterhin dezentral unterbringt. Das allein reicht nicht, um sie nachhaltig in das Alltagsleben zu integrieren. Hierzu wäre professionelle kontinuierliche Betreuung in den ersten Jahren durch Sozialarbeiter nötig.

Natur und Umwelt

Umweltpolitik hat zur Aufgabe, natürliche Lebensgrundlagen zu schützen. Egal, ob es um Flächennutzung, um Naherholungsbereiche, Lärm oder Abgase, Ressourceneinsatz oder Umweltgifte geht. DIE LINKE räumt der Natur- und Umweltpolitik einen hohen Stellenwert ein, um die Lebensqualität im gesamten Kreisgebiet weiter zu erhöhen.

Wir setzen uns für eine Umwelt- und Naturschutzpolitik in unseren Gemeinden ein, die das Ziel hat, Natur zu erhalten und zu fördern.

Wirtschaftliches Handeln muss seine Grenzen im Erhalt einer gesunden Umwelt haben.

Arbeitsplätze dürfen nicht gegen den Schutz der Umwelt ausgespielt werden. Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist nicht der Umweltschutz. Vielmehr leistet Umweltschutz einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Wir wollen die Durchsetzung der nachhaltigen Umweltpolitik, wie in der Agenda 21 beschlossen, zur Richtschnur unserer politischen Arbeit in allen Bereichen machen.

Die schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien wird wirtschaftlich einen unschätzbaren Vorteil erzielen. Außerdem bieten sich Chancen für die Schaffung neuer nachhaltiger Arbeitsplätze.

Der Ausstieg aus der Kernenergie darf nicht mit neuen umweltpolitischen Fehlern bezahlt werden. Einer dezentralen Energieversorgung ist Vorrang einzuräumen. Zudem sind die erforderlichen Höchstspannungs-Trassen weitgehend im Erdreich zu verlegen.

DIE LINKE wird

- die Wirtschaftsförderung zu Gunsten von regenerativer Energie deutlich ausbauen, wobei besonders Energiegenossenschaften durch Bebauungspläne bzw. Bauleitplanung und Beratung bevorzugt werden
- die Prüfung der Nutzung von regenerativer Energie bei allen Neubau-, Umbau- und Unterhaltungsmaßnahmen durchsetzen
- die Beteiligung der Kommunen bzw. der kommunalen Energieversorger an Photovoltaik- und Windkraftanlagen einfordern
- die verstärkte Nutzung von Blockheizkraftwerken insbesondere an öffentlichen Gebäuden einfordern,
- eine Informationspflicht der öffentlichen Verwaltung über die Inhalte und die Fördermöglichkeiten des ‚Erneuerbare-Energie-Gesetz‘ (EEG) umsetzen,
- umfassende Informationen über die Umwelt beeinträchtigende Vorhaben in BürgerInnenversammlungen verpflichtend einführen,
- Bebauungspläne und Baugestaltungssatzungen mit dem Ziel einer optimalen Energieausnutzung festsetzen,
- den Verkauf von Wald an private Unternehmen nicht zulassen,
- die Bebauung von Bergwiesen verhindern,

- umweltschädigende Altlasten katalogisieren und nach Prioritäten, entsprechend der von ihnen ausgehenden Umweltgefahren, zügig abbauen.

Energiesparmaßnahmen sind praktischer Umweltschutz!

- DIE LINKE fordert Energiesparmaßnahmen an und in allen kommunalen Gebäuden einschließlich Maßnahmen zur Wärmedämmung sowie den Einbau energie- und wassersparender Heizungen und Geräte.
- Umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Fahrrad haben Vorrang.
- Ein attraktiver und effizienter ÖPNV ist aktiver Umweltschutz. Der ÖPNV muss in kommunaler Trägerschaft organisiert und ausgeführt werden.

DIE LINKE fordert die Rekommunalisierung der Harzenergie, damit

- Sozialtarife für Strom und Gas ermöglicht werden,
- kein Atomstrom mehr bezogen wird und
- der regionale Ausbau der regenerativen Energien beschleunigt wird.

Für eine ökologische und soziale Land- und Forstwirtschaft

Die Fortschreibung der kapitalistischen Industrialisierung der Landwirtschaft wird insbesondere an der zunehmenden Massentierhaltung deutlich. Der Bau neuer Mastanlagen wird durch verfehlte öffentliche Anreize forciert und fördert die ‚Überproduktion‘.

- Die LINKE lehnt Massentierhaltung, wie z.B. den Bau von Hähnchen- oder Schweinemastanlagen ab
- Die LINKE unterstützt den Ausbau der regionalen Direktvermarktung und einer ökologischen Landwirtschaft
- Die LINKE setzt sich für einen Biotopverbund durch Heckenbänder an den Feldrainen und für eine ökologische Heckenschutzsatzung ein
- Die LINKE setzt sich für eine nachhaltige Forstwirtschaft ohne Harvester ein.

Gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle – flächendeckend!

Die Menschen im Landkreis Goslar verspüren die Auswirkungen verfehlter Gesundheitspolitik hautnah.

Die drei Kreiskrankenhäuser in Goslar, Bad Harzburg und Clausthal-Zellerfeld sind im Jahr 2003 an den Asklepios-Privatkonzern verkauft worden.

Die teilweise schlechte Versorgung von Patienten in den privaten Asklepios Harzkliniken im Landkreis Goslar ist inzwischen zu einem großen, öffentlich diskutierten Problem geworden.

Es ist offensichtlich, dass es aus Profitgründen zu wenig examinierte Pflegekräfte gibt, die teilweise durch billigere, nur sehr kurz ausgebildete Pflegeassistenten ersetzt worden sind.

Obwohl sich Asklepios im Vertrag von 2003 mit dem Landkreis verpflichtet hat, alle drei Standorte der ehemaligen Kreiskrankenhäuser zu erhalten, scheint das Haus in Clausthal-Zellerfeld akut gefährdet zu sein. Asklepios und das Land Niedersachsen schieben den schwarzen Peter für nicht erfolgte Investitionen in das Haus gegenseitig hin und her.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das Krankenhaus in Clausthal mit ausreichender Grundversorgung erhalten bleibt!

Krankenhäuser für die Menschen - nicht für den Profit!

- DIE LINKE steht an der Seite der Pflegekräfte und Ärzte in ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne im Krankenhaus und unterstützt die Patienten in ihrem Bestreben nach guter und sicherer Pflege. Qualitätsstandards z.B. bei der Hygiene sind zu sichern.
- DIE LINKE setzt sich nach wie vor dafür ein, dass die Asklepios Harzkliniken im Landkreis Goslar im Interesse der PatientInnen und der Beschäftigten wieder öffentliches Eigentum werden sollen.

Anzahl der Pflegekräfte im Krankenhaus gesetzlich festlegen!

- DIE LINKE unterstützt die Bestrebungen der Gewerkschaft ver.di auf Bundesebene, dass im Bundestag ein Gesetz beschlossen werden soll, das die Anzahl von examinierten Pflegekräften pro Patient (je nach Umfang und Schwere der Pflegefälle) festlegen soll.

Flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung!

Auch die ambulante ärztliche Versorgung vor Ort ist zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die präventive Gesundheitsvorsorge sicherzustellen.

DIE LINKE setzt sich ein für

- eine ausreichende ärztliche Grundversorgung nach definiertem Standard,
- eine ausreichende wohnortnahe Versorgung mit Allgemein-MedizinerInnen und FachärztInnen, um Wartezeiten auf einen Arzttermin zu verringern.
- eine ausreichende Krankenhauskapazität
- eine ausreichende Notdienst-Versorgung.

Gesundheitsvereine und Selbsthilfegruppen fördern!

Im ganzen Landkreis gibt es eine Vielzahl von Vereinen, Institutionen und Verbänden, die sich dem gesunden Leben der Menschen widmen. Wir wollen diese wertvolle Arbeit der Vereine fördern.

DIE LINKE unterstützt

- eine auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung sowie die Weiterentwicklung und die Qualifizierung der Präventions- und Betreuungsarbeit. Dazu gehören Einrichtungen kommunaler Sucht- und Drogenberatung, psychosozialer Einrichtungszentren, HIV/Aids-Beratung und Gesundheits- und Ernährungsberatung
- die Einrichtungen der Gesundheits-Selbsthilfe, sowie Patientengruppen
- eine vollumfängliche gesundheitliche und medizinische Versorgung Schutzsuchender sowie auf deren Bedürfnisse abgestimmte Programme insbesondere bei der Traumatherapie
- dass die Aufgaben des Gesundheitsamtes des Landkreises bürgernah und vor Ort angeboten werden und die Kooperation mit Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge verbessert wird.

DIE LINKE fordert

- die Verbesserung mobiler Versorgungsangebote angelehnt an das Gemeindepflegemodell. GemeindepflegerInnen können das Rückgrat der Gesundheitsversorgung in der Fläche bilden und Ärztemangel abfedern
- den Ausbau von Polikliniken und Arzthäusern in ländlichen Regionen und urbanen Zentren.
- eine umfassende Gesundheitsberichtserstattung als Planungsgrundlage für die Gesundheitspolitik in den Kommunen.
- den Ausbau und die Sicherung der Finanzierung von Beratungsstellen für Patientinnen und Patienten.

Gute Pflegeangebote in allen Kommunen

Die Würde des Menschen muss auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit unantastbar bleiben. Pflegebedürftige und deren Angehörigen wissen schon lange, dass die Bundespolitik versucht, die Pflege immer weiter in den privaten Bereich abzuschieben, mit weit reichenden Konsequenzen, wie eine erhöhte Armutsgefahr, Krankheit und Überlastung pflegender Angehöriger, Aufgabe der Berufstätigkeit bis hin zum innerfamiliären Beziehungsverlust.

DIE LINKE will alle Möglichkeiten nutzen, um auf kommunaler Ebene zum Ausbau guter Pflegeangebote beizutragen.

Sozial gerechte Kultur bereichert Goslar

Kultur gehört untrennbar zum Menschen.

Die offiziellen kommunalen Gremien (Rat, Kreistag, Verwaltungen) gehen aber in ihrer Kulturpolitik von einem sehr verengten Kulturbegriff aus.

Die meisten Mittel aus den Haushalten fließen in die großen Einrichtungen. Natürlich müssen Weltkulturerbe Rammelsberg, Altstadt Goslar, sowie Oberharzer Wasserwirtschaft, Kaiserpfalz, Kaiserring und Archiv bis hin zum Goslarer Museum, dem Zinnfigurenmuseum und anderen wertvollen Kultureinrichtungen in Kreis und Stadt Goslar weiter im Fokus kulturpolitischen Handelns stehen! Jedoch gibt es auch neue Ausprägungen von Kultur z.B. Freie Theater, kleine Kinos, Soziokultur und kulturelle (Jugend-)Bildung.

Menschen, die in Goslar kulturelle Angebote machen wollen, finden zwar bereits besser als früher, aber noch nicht genug Informationen und Unterstützung. Kulturell Tätige sind oft schlecht bezahlt und sozial schlecht abgesichert. Viele kulturelle Angebote sind kaum erschwinglich für Menschen mit niedrigen Einkommen oder gar in ALG-II-Bezug. Damit bekommt Kultur etwas Elitäres, sie wird zu etwas, das sich nur ein Teil der Menschen leisten kann und von dem Viele ausgegrenzt sind.

Wir wollen, dass Kultur neu verstanden wird und Allen zugänglich ist. Darum wird DIE LINKE im Kreistag und in den Räten Forderungen einbringen, die diesem Ziel dienen:

- Verabschiedung und Umsetzung des Kulturentwicklungsplanes für die Stadt Goslar, der derzeit in Bearbeitung ist und Erstellung eines solchen für den Kreis.
- Schaffung einer Spielstätte für Oper, Schauspiel, Konzerte und Theater.
- Freier Eintritt in alle kulturellen Kreis- und Stadteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und BezieherInnen von Grundsicherungsleistungen.
- Verhinderung von offenen und verdeckten Eintrittspreiserhöhungen für kulturelle Einrichtungen
- Kulturfinanzierung und Fördermöglichkeiten transparent machen.
- Zuverlässige, institutionelle Förderung von Ehrenamt und Vereinsarbeit.
- Förderung unabhängiger Kulturinitiativen, StraßenmusikerInnen, literarischer Gesellschaften, kleiner Kinos etc.
- Ausweitung der Kulturförderung von Stadt und Kreis auf Kulturformen Jugendlicher, zum Beispiel Ska, Punk, Parcours durch Bereitstellung von kostenneutralen Proberäumen, Ateliers und Präsentationsplattformen. (z.B. Kaiserpfalzschule)
- Stadtteilkultur und dörfliches Gemeinwesen durch Etats fördern.
- Kirchenglocken zwischen 0:00 und 6:00 Uhr ausstellen.

Unser Ziel ist, dass Kultur bunt und vielfältig sein darf und dass alle Menschen sie in dieser Vielfalt gestalten und erleben können. Niemand soll vom Zugang zu Kultur ausgegrenzt sein, weil sie/er ein geringes Einkommen hat, auf dem Land wohnt oder mit wenig Zugang zu Kultur aufgewachsen ist.

Wir wollen einen breiten Kulturbegriff, der Oper und Ballett, Kleinkunst, Straßenmusik und „Subkultur“ umfasst.

Unsere Vision ist, dass Menschen, die das wollen, es leicht haben, kulturelle Angebote selbst zu schaffen. Dazu sollen sie schnell und einfach Informationen zu Finanzierungs- und Beratungsmöglichkeiten und Veranstaltungsorten finden und sich leicht mit anderen vernetzen können. Goslar ist auf einem guten Weg. Wir wollen diesen Weg gangbar halten und ausbauen!

Ehrenamtliches Engagement und Vereine

Die in den letzten Jahren nicht erfolgten Erhöhungen bzw. Kürzungen der freiwilligen Leistungen für Vereine und Verbände haben das ehrenamtliche Engagement u.a. weiter geschwächt. Eine solche Politik ist unsozial und beschädigt das gesellschaftliche Gemeinwohl auf vielfältige Weise.

Ehrenamtliche Arbeit ist ein wichtiges und förderungswürdiges Gut!

Die freiwillige und unentgeltliche Übernahme von Aufgaben zur Stärkung des Gemeinwohls ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft.

Eine Vielzahl von Menschen tragen im Ehrenamt in den unterschiedlichsten Bereichen zum Gemeinwohl bei – ob in Sozial- oder Sportvereinen, in kulturellen oder politischen Initiativen.

Sie entlasten die öffentliche Hand auch finanziell. Das ehrenamtliche Wirken erfüllt Aufgaben, die andernfalls mit hohem finanziellem Aufwand bestellt werden müssen.

Dem Engagement im Ehrenamt ist durch die öffentliche Hand mehr Raum zu gewähren!

Ehrenamtliches Wirken bedarf mehr gesellschaftliche Anerkennung!

Die Linke fordert insbesondere

- die Anerkennungskultur ehrenamtlich wirkender Menschen
- die Einrichtung von Netzwerken ehrenamtlichen Engagements zu fördern und zu unterstützen
- Aus- und Fortbildungsangebote bei den Trägern der Erwachsenenbildung
- zentrale Ansprechpartner in der Kommunalverwaltung einzusetzen
- Kürzungen von ‚freiwilligen Leistungen‘ für Vereine und Verbände bedarfsgerecht zurückzunehmen
- Vereinshäuser anzubieten, in dem Vereine kostengünstig Räume anmieten können
- die Behinderung ehrenamtlichen Engagements durch eine überzogene Verwaltungsbürokratie abzubauen.

DIE LINKE fördert das Engagement der EinwohnerInnen und stellt den Orts- und Stadtteilen für nachhaltige Projekte im kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich Budgets aus dem Kommunalhaushalt zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung.

Sicherheit

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ (Benjamin Franklin 1706-1790)

Für DIE LINKE ist die Gewährleistung sozialer Sicherheit die wichtigste Grundlage jedweder Sicherheitspolitik.

„Sichere“ Politik und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen und im Landkreis Goslar sind ein zentrales Thema.

Simple Forderungen nach mehr Kontrolle und Strafe würden zu falschen Sicherheitsversprechen führen. Kriminalität hat unterschiedlichste Ursachen und verschiedenste Erscheinungsbilder. Die Kriminalitätsbekämpfung braucht deshalb vernünftige und angemessene Lösungsansätze.

Ob es um die Bekämpfung

- von Drogenkriminalität
- die Prävention in anderen Deliktsbereichen
- den Einsatz moderner und wissenschaftlicher Methoden der Prävention, dem „Predictive Policing“
- die Beobachtung/Verhinderung selbsternannter „Bürgerwehren“
- Hilfestellung/Aufklärungsarbeit in rasant zunehmender Netzkriminalität
- Verkehrssicherheit, wie sichere Schulwege
- Städtebauliche Maßnahmen zur Entschärfung kriminalitätsgefährdeter Bereiche
- Ordnungs- und sozialpolitische Maßnahmen
- Katastrophenprävention u.v.a.m.

geht, zeigt die sehr unterschiedliche Interessenlage und bedingt flexible und angemessene Lösungsansätze.

Wir setzen uns ein für:

- Verbesserung aller Präventionsmaßnahmen
- Verbesserung im Kooperationsbereich (unter anderem von Polizei, Jugend- und Wohlfahrtsverbände, BEKJ)
- die Absage an „Hilfssheriffs“ und Privatisierungstendenzen in der Sicherheitspolitik
- den Ausbau der Bürgerhilfen im Bereich der „Digitalen Sicherheit“

Es wird sehr darauf ankommen, alle Maßnahmen immer unter dem Aspekt der Beschneidung persönlicher Freiheiten zu betrachten.

Trojaner auf heimischen Computern, flächendeckende Videoüberwachung, zunehmende Polizeipräsenz, selbsternannte Sicherheitshilfskräfte, um nur einige Lösungsansätze zu nennen, die z.Zt. angesagt sind, lehnen wir ab.

Wo wir leben, soll nicht verwaltet, sondern gestaltet werden: Probleme anpacken!

Verwaltung

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Verwaltung Effizienz, Kompetenz und Bürgerfreundlichkeit. Sie wollen, dass ihre Probleme angepackt und in einer angemessenen Zeit gelöst werden.

Strukturen und Abläufe innerhalb einer Verwaltung sind zwar wichtige Grundlagen für Effizienz und Bürgerfreundlichkeit, sie interessieren den Bürger aber nur am Rande. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das Ergebnis des Verwaltungshandelns von Bedeutung.

Die Verwaltungsmodernisierung unter Einführung neuer Steuerungsinstrumente wie die Budgetierung, die Kosten- und Leistungsrechnung oder das Controlling sollen effizientes, kompetentes und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln stärken. Doch das erwartet der Bürger seit jeher von seiner Verwaltung.

DIE LINKE hält eine bürgerfreundlichere Verwaltung für zeitgemäß und machbar. Daher wollen wir:

- in der Kommunalverwaltung Bürgerbüros einrichten. Hier erfährt der Bürger Dienstleistung aus einer Hand. Im Bürgerbüro wird die Gesamtheit der Verwaltungsleistungen angeboten. Hier erfolgt unter anderem die Verlängerung von Ausweispapieren, die Ummeldung eines Kraftfahrzeugs und ebenso die Erteilung von Auskünften. Die Öffnungszeiten werden den Bedürfnissen der Nachfrager angepasst,
- die verwaltungsinterne Fach- und Ressourcenverantwortung zusammenführen, um Führungskräften mehr Flexibilität und Entscheidungskompetenz zur Steuerung ihrer Verwaltungseinheit zu übertragen,
- Beteiligungsverwaltung und -controlling unter effektive Verantwortung der Räte / des Kreistages stellen, um bürgerorientierte Entscheidungen zu ermöglichen,
- Steuerungsinstrumente wie die Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung, Controlling, Berichtswesen, Personalentwicklung und das Führen mit Zielvereinbarungen in den Verwaltungen einführen, um bürgerorientiert, effizient und kompetent Verwaltungsleistung erbringen, aber auch hinterfragen zu können.

Wo wir leben, müssen die Finanzen stimmen!

Die finanzielle Lage der Landkreise und Kommunen geht in gefährlichem Maße auseinander. Wenigen, finanziell gut ausgestatteten Kommunen und Kreisen stehen eine Vielzahl von beinahe und de facto insolventen Kommunen und Kreisen gegenüber.

Die leeren öffentlichen Kassen sind das Ergebnis einer verfehlten Bundes- und Landespolitik der letzten Jahre.

SPD und Grüne haben genauso wie CDU und FDP durch Senkung der Körperschafts-, der Einkommens- und Vermögenssteuer insbesondere die Großindustrie und Reiche finanziell aus der Verantwortung für unser Gemeinwesen entlassen. Manche Kommune in unserem Landkreis kann ihren Haushalt trotz jahrelanger Anstrengungen und einmalige Teilentschuldung durch ‚Zukunftsverträge‘ bis heute nicht ausgleichen; es bedarf einer umfassenden Finanzreform.

Durch Kürzungen im investiven Bereich, bei den so genannten „freiwilligen Leistungen“ und durch Privatisierung und Verkauf von öffentlichem Eigentum haben insbesondere CDU, SPD, FDP und Grüne versucht, die öffentlichen Haushalte zu sanieren.

Der Erfolg ist ausgeblieben. Im Gegenteil:

- die Reduzierung von öffentlichen Investitionen hat die Infrastruktur nachhaltig geschädigt. Der finanzielle Sanierungsaufwand unter anderem für Gebäude und Straßen hat sich durch wiederholtes Verschieben in spätere Haushaltsjahre vervielfacht
- die ausgebliebenen öffentlichen Aufträge haben die Situation für die regionale Wirtschaft drastisch verschlechtert. Die Folgen waren weitere Insolvenzen, mehr Menschen ohne Arbeit und eine geringere Gewerbesteuer-Einnahme. Anstelle der Förderung Existenz sichernder Arbeitsplätze wurde Arbeitslosigkeit finanziert
- die Streichung oder Reduzierung der „freiwilligen Leistungen“ für soziale und kulturelle Einrichtungen, für Sportvereine, in der Jugendarbeit und in Senioreninitiativen sowie beim bürgerschaftlichen Engagement haben dem gesellschaftlichen Miteinander erheblich geschadet und schaden ihm noch
- Privatisierungen und Verkauf öffentlichen Eigentums haben die kommunalen Haushalte, wenn überhaupt, dann nur kurzfristig entlastet. Dafür sind zentrale Aufgaben der öffentlichen Hand auf Dauer der kommunalen Steuerung entzogen worden,
- und letztlich hat sich auch durch die Vielzahl der einschneidenden Maßnahmen die kommunale Finanzsituation kaum spürbar verändert. Während die Ausgaben der öffentlichen Haushalte geringfügig reduziert werden konnten, brachen die Einnahmen in drastischen Ausmaßen weg.

Ohne Gemeindefinanzreform keine Lösung der Finanzmisere in den Kommunen

In unserer Region gibt es eine Vielzahl von Kommunen, deren finanzielle Situation sich, trotz der äußerst schmerzhaften Sparmaßnahmen der letzten Jahre, nur als katastrophal beschreiben lässt.

Zur Schuldenbelastung der öffentlichen Haushalte, einschließlich der Kassen- und der Liquiditätskredite, kommen weitere Kredite zur Investitionsförderung sowie die Belastungen aus Eigenbetrieben und Gesellschaften (Tochterunternehmen der Kommunen).

Diese Schuldenlast hat ihre Gründe nur bedingt in der Kommunalpolitik. Die etablierten Mehrheiten in den Städten und im Landkreis haben in den vergangenen Legislaturperioden viele unsinnige Prestigeprojekte finanziert, während auf der anderen Seite die freiwilligen Leistungen heruntergefahren wurden.

Diese Politik soll aktuell in bislang nicht gekannter Weise fortgesetzt werden. Ganze Einrichtungen und Projekte sind in ihrem Bestand gefährdet.

Die Neuorientierung der übergeordneten Politik auf Landes- aber insbesondere auf Bundesebene ist zwingend notwendig. Die Krise der kommunalen Finanzen ist in erster Linie ein Produkt der neoliberalen Wirtschaftsweise. Sie ist kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem, das jedoch fast ausschließlich auf der Ausgabenseite bekämpft wird.

Stärkung strukturschwacher Kommunen

Hier hilft kein Kurieren an den Symptomen, sondern nur eine grundlegende Gemeindefinanzreform mit dem Ziel, durch Stärkung der Finanzkraft der Kommunen die Handlungsfähigkeit deutlich zu verbessern. Sie muss die Stärkung der Leistungsfähigkeit strukturschwacher Kommunen berücksichtigen.

Zunehmend stehen strukturschwache Städte - mit kontinuierlich zurückgehenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben - Städten mit hohen Gewerbesteuereinnahmen und hohen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und niedrigen Ausgaben für soziale Leistungen gegenüber.

Eine Gemeindefinanzreform muss alle Elemente des kommunalen Steuersystems beinhalten. Dazu zählen insbesondere die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Anteile der Kommunen an der Umsatz- und Einkommenssteuer und eine leistungsfähige Finanzverwaltung.

Gewerbesteuer auf alle Selbständigen und Freiberufler ausweiten

In die Gewerbesteuer sind alle örtlichen Wirtschaftsbetriebe zur Finanzierung ihrer Standortgemeinde einzubeziehen.

Die Gewerbesteuerpflicht ist auf alle Unternehmen einschließlich aller Selbständigen und Freiberufler auszuweiten, und große Kapitalgesellschaften, Konzerne und Banken sind verstärkt zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen.

Initiative für eine neue Filialensteuer

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung einer kommunalen Zweigstellensteuer zu prüfen.

Die Zweigstellensteuer funktioniert im Kern wie die von einer Vielzahl von Kommunen in eigener Hoheit erhobene Zweitwohnungssteuer, richtet sich aber an Ladenketten, die mittels Filialen in der Fläche vertreten sind.

Inhabergeführte örtliche Geschäfte werden in unseren Städten zur Ausnahme. Sie werden verdrängt von Filialen überregional agierender Handelsunternehmungen. Dadurch sinkt zunehmend die Attraktivität unserer Innenstädte, die neuen Filialen liegen zumeist am Ortsrand und in Gewerbegebieten. Das öffentliche Leben erlahmt zusehends.

Die Kommunen haben aber ein berechtigtes Interesse, die örtlich eigenständigen Betriebe gegenüber dominanten Kettenbetrieben zu schützen.

Die Filialensteuer belastet nur jene Betriebe, die den Sitz ihrer Geschäftsleitung nicht in der Kommune haben, sie begünstigt also indirekt die örtlichen Familienbetriebe, weil diese davon nicht betroffen sind. Gleichzeitig kommt Geld in die kommunale Kasse. Die Familien mit ^{eigenen} Unternehmen sind es, die hier leben und hier in der Kommune ihre Gewinne konsumieren bzw. reinvestieren. Im Gegensatz dazu agieren die Handelsketten sehr anonym und sie führen ihre Gewinne ab an eine ferne Konzernzentrale. Sie lassen die Region finanziell schleichend ausbluten.

Einführung eines Regio-Geldes

DIE LINKE fördert die Einführung eines Regio-Geldes. Regio-Geld ergänzt den Euro um ein regionales Zahlungsmittel - meist in Form von Gutscheinen - und dient dem Gemeinwohl. Es bindet die zusätzliche Kaufkraft an die Region, fördert die regionalen Unternehmen und stimuliert regionale Wirtschaftskreisläufe.

Es begünstigt allein die örtlichen Familienbetriebe, die Handelsketten sind beim Regio-Geld außen vor. Ein Regio-Geld erweitert die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten um einen regionalen Markt und dient der Regionalentwicklung.

Der Absatz regionaler Produkte wird gestärkt, ermöglicht neue Umsätze und schafft Arbeitsplätze.

Regionales Wirtschaften verkürzt die Transportwege und schont die Umwelt.

Konsolidierungszeiträume sind zu erweitern

Eine wichtige Forderung der LINKEN ist, das Recht der Kommunalaufsicht einzuschränken, demokratisch beschlossene Kommunalhaushalte aufzuheben. Insbesondere der Konsolidierungszeitraum für nicht ausgeglichene Haushalte muss erheblich über die jetzt vorgeschriebene Frist hinaus erweitert werden. Die bestehenden Konsolidierungszeiträume führen dazu, dass alle nicht gesetzlich verankerten Aufgaben der Kommunen wie zum Beispiel im Bereich von Kultur, Ehrenamt, Sozialen, Jugend, Bürgerzentren, die Integrationsförderung usw. eingestellt werden.

Kommunales Investitionsprogramm

Das Unterlassen der dringend notwendigen Reparaturen an öffentlichen Gebäuden, an Straßen usw. führt zu einem Verfall der öffentlichen Infrastruktur.

Das aktuelle Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, in seinem Umfang jedoch bei weitem nicht ausreichend. Die Tatsache, dass die Kommunen bei Investitionen, welche aus dem KIP finanziert werden, weiterhin erhebliche Eigenanteile leisten müssen, kann dazu führen, dass finanzschwache Kommunen Teile der verfügbaren Mittel nicht abrufen können. Es wird also denen die Unterstützung verwehrt, die sie am dringendsten brauchen.

DIE LINKE fordert, das Kommunalinvestitionsprogramm in einer Art und Weise umzugestalten, dass auch und insbesondere finanziell schwache Kommunen in die Lage versetzt werden notwendige Investitionen an ihrer Infrastruktur durchzuführen und nachhaltige Projekte (z.B. Ausbau von Jugend- und Bürgerzentren, Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten usw.) zu fördern.

Um die Finanzierung eines kommunalen Investitionsprogramms sicherzustellen und die erforderlichen finanziellen Ressourcen zu akquirieren, fordert DIE LINKE eine enge Kooperation zwischen den regional verpflichteten Sparkassen und Volksbanken, den Kapitalanlegern und den kommunalen Entscheidungsträgern.

Öffentliche Haushalte transparent darstellen

Die kommunalen Haushalte verstoßen in ihrer Abfassung gegen das Gebot der Haushaltsklarheit.

Mit dem Ziel einer transparenten Darstellung der kommunalen Haushalte wird DIE LINKE die Neben- und Sonderhaushalte in den eigentlichen Haushaltsplan der Kommune rückführen. Rücklagen in Teilhaushalten bei gleichzeitiger Verschuldung vernichten öffentliches Vermögen.

- DIE LINKE wird Rücklagen im kommunalen Haushaltplan und den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung auf die rechtlich erforderliche Mindestsumme abbauen.